

Neemann, Georg; Holthus, Manfred; Wand, Kurt; Oesterreich, Ellen

Article — Digitized Version

Die EWG der Zehn

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Neemann, Georg; Holthus, Manfred; Wand, Kurt; Oesterreich, Ellen (1971) : Die EWG der Zehn, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 10, pp. 509-522

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134315>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die EWG der Zehn

Die Erweiterung der EWG scheint sicher, wenn auch die Entscheidung des britischen Unterhauses über den Beitritt noch aussteht. Welche Aufgaben und Probleme kommen nach der Erweiterung auf die EWG bzw. die BRD zu?

Risiken und Chancen der EWG-Erweiterung

Georg Neemann, Düsseldorf

Die Erweiterung der Gemeinschaft durch den voraussichtlichen Beitritt von Großbritannien, Dänemark, Norwegen und Irland bringt zunächst einen Zuwachs an wirtschaftlicher und technologischer Potenz. Sie bietet auch günstigere Bedingungen für einen europäischen Beitrag zur Stabilisierung der labilen währungs- und handelspolitischen Lage.

Die vorstehenden Gesichtspunkte dürfen jedoch den Blick für die teilweise ernstesten Risiken einer Erweiterung nicht trüben. So braucht man nicht zu orakeln, um den politischen Gehalt der Gespräche zwischen Pompidou und Heath zu erkennen; ihre Sensibilität in Fragen einer Souveränitätseinbuße zugunsten

einer Gemeinschaft mit ausgeprägteren supranationalen Strukturen oder gar einer politischen Gemeinschaft ist offensichtlich. Eine Fortsetzung des Entspannungsprozesses in Europa wird überdies das Bild der außenpolitischen Beziehungen der europäischen Staaten vielfarbiger machen.

Zwischen Skylla und Charybdis

Zu befürchten ist, daß der Beitritt weiterer Länder einschließlich Assoziierungen die Gemeinschaft in einen Konflikt mit ihrer Zielsetzung bringt; sie steuert zwischen Skylla und Charybdis, zwischen Freihandelszone und politischer Gemeinschaft. Das wirtschaftliche, soziale und politische Gefüge eines künftigen

Zehner-Klubs ist heterogener und der Interessenausgleich schwieriger. Noch häufiger als in der Vergangenheit werden Mitglieder unter Berufung auf ihre „vitalen Interessen“ Ratsentscheidungen reduzieren auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Von der Gefahr desintegrierender Wirkungen des größten protektionistischen Agrarmarktes soll hier keine weitere Rede sein.

Eine Antwort auf die Frage, was geschehen soll, um dem Bauwerk „Europa“ ein solides Fundament zu geben, darf nicht mit missionarischem Eifer, erhabenen Gedanken und fragwürdigen politischen Erwartungen an eine neue europäische Gipfelkonferenz über gewach-

sene wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verhältnisse und politische Strömungen hinwegsehen.

Katalog gesellschafts-politischer Aufgaben

Angezeigt erscheint es, praktische integrationsfördernde Nahaufgaben energisch anzupacken. Die Chance der Gemeinschaft liegt darin, das Netz der Gemeinschaftspolitik enger zu knüpfen durch pragmatische Lösung von Aufgaben auf den Gebieten der Industriepolitik, Strukturpolitik, Regionalpolitik, des Wettbewerbsrechts und der Beihilferegeln, der Konjunktur-, Verkehrs- und Sozialpolitik. Die Gemeinschaft sollte in der Lage sein, Antwort auf gesellschaftspolitische Fragen zu geben und entsprechend initiativ zu werden. Zum Beispiel ist mit der Schaffung eines europäischen Gesellschaftsrechts (Europäische Handelsgesellschaft) die Mitbestimmungsfrage unlösbar verbunden. Hier müssen die 6 Mitgliedsländer beachten, daß die Gewerkschaften der beitragswilligen Länder erhebliche Zweifel haben, ob die Gemeinschaft Wegbereiter einer demokratischen Gesellschaft mit größerer sozialer Gerechtigkeit sein wird.

Zum Katalog gesellschaftspolitischer Aufgaben mit besonderer Dringlichkeit gehören ferner selbstverständlich Aufgaben zur Gestaltung der menschlichen Umwelt, Verminderung der Umweltbelastigungen und eine umfassende Planung des Bildungswesens.

Günstigere Bedingungen für gemeinsames Handeln

Mit der Lösung der vorgenannten Aufgaben, der wachsenden Durchdringung des Gemeinsamen Marktes mit Gemeinschaftsrecht, einer akkordierten Konjunktur- und Währungspolitik und mit außenpolitischen Konsultationen gemäß Davignon-

Formel ergeben sich voraussichtlich günstigere Bedingungen zum späteren gemeinsamen politischen Handeln. An dieser Stelle ist auch auf das Projekt einer europäischen Sicherheitskonferenz hinzuweisen mit der ver-

Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

Der Bundestagsabgeordnete Georg Neemann, 53, ist Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB und für die Wirtschaftsabteilung verantwortlich.

Manfred Holthus, 31, Dipl.-Volkswirt, ist Leiter, Kurt Wand, 27, Dipl.-Volkswirt, Referent der Abteilung „Außenwirtschaft und Integrationspolitik“ im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

Ellen Oesterreich, 29, Dipl.-Volkswirt, ist Referentin in der Abteilung Integration und Entwicklungspolitik des Bundesvorstandes der Deutschen Industrie e.V. Innerhalb dieser Abteilung befaßt sie sich vor allem mit Fragen der europäischen Integration.

mutlich breiten Palette von Verhandlungsgegenständen, u. a. Umweltschutz, wirtschaftliche und technologische Kooperation. Die von Pompidou und Heath gewünschte neue europäische Gipfelkonferenz könnte versuchen, das Verhältnis eines europäischen Sechser- oder Zehner-

Klubs zur Sicherheitskonferenz zu klären.

Handfeste nationale Interessen

Besonderes Interesse verdient die Frage, ob die EWG-Länder – unterstützt von den beitragswilligen Kandidaten – die Fähigkeit haben, den drohenden Gefahren des Welthandels als Folge des Nixon-Programms durch neue handels- und währungspolitische Maßnahmen entgegenzuwirken. Die sechs EWG-Finanzminister haben sich Mitte September 1971 auf ein gemeinsames Verhandlungskonzept für die Internationale Währungskonferenz geeinigt. Offensichtlich besteht in dieser Frage auch ein Akkord mit Großbritannien. Dennoch konnten die Meinungsverschiedenheiten über die Währungspolitik nicht ausgeräumt werden. Dahinter verbergen sich u. a. handfeste nationale Interessen; insbesondere Frankreich ist bestrebt, den wirtschaftlichen Rückstand gegenüber der Bundesrepublik durch vermehrte nationale Anstrengungen zugunsten seiner Exportindustrie aufzuholen. Die britische Wirtschaft zielt in die gleiche Richtung.

1967 bestand Frankreich noch darauf, daß der Beitrittsbewerber Großbritannien die Konsolidierung seiner Wirtschafts- und Währungslage bis zu einem bestimmten Punkt vorangetrieben haben muß, bevor Verhandlungen über den Beitritt aufgenommen werden konnten. Inzwischen sind wohl bessere Zeiten für das Pfund angebrochen. Nach dem jüngsten Quartalsbericht des Londoner Wirtschaftsinstituts (NIESR) soll die britische Wirtschaft 1972 um 3% bis 3,5% wachsen. Aufgrund der jüngsten Zunahmen der britischen Ausfuhr ist das Londoner Institut optimistischer hinsichtlich der Entwicklung der britischen Zahlungsbilanz. Die zunächst so delikate Frage der Belastungen aus der Beteiligung am Gemein-

schaftshaushalt dürfte damit kein großes Problem mehr sein.

**Gemeinschaftliche
Industriepolitik erforderlich**

Die Wirtschaft Großbritanniens richtet sich zunehmend auf den Gemeinsamen Markt ein. Der starke Trend der britischen Investitionen in der Bundesrepublik dürfte anhalten. Die Öffnung der Grenzen für den Export der Beitrittskandidaten bedeutet aber nicht nur härteren Wettbewerb auf dem Hintergrund eines sich verschärfenden Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt, sondern für die Festlandindustrie auch den Zugang zu dem hohen technologischen Standard zukunftsreicher Produktionen insbesondere in Großbritannien, wie der Kernindustrie, Luftfahrt, Raumfahrt, Datenverarbeitung.

Die genannten Bereiche der fortgeschrittenen Technologie, die Rolle der staatlichen Unternehmen und der Zweige, die öffentlichem Einfluß unterliegen, und die rückläufige Entwicklung bisher dominierender Wirtschaftszweige weisen auf eine dringliche gemeinschaftliche Industriepolitik hin.

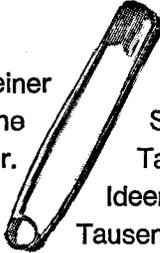
Leider konnte sich die Gemeinschaft bis heute auf eine gemeinsame Industriepolitik, flankiert von gemeinschaftlicher Regionalpolitik und harmonisierter Beihilferegelung, nicht verständigen. Das ist um so bedauerlicher, als die Potenzen der Technologien und Forschung einer Gemeinschaft als stärkster Industrie- und Handelsmacht günstige Bedingungen für Aktionsmöglichkeiten und Wir-

kungsgrad einer Forschungs- und Entwicklungspolitik bieten.

Eine unlösbar erscheinende Aufgabe besteht im Beitrittsfall darin, die unterschiedlichen Anschauungen Frankreichs, der Bundesrepublik und Großbritanniens auf dem Feld der Industriepolitik unter einen Hut zu bringen. Frankreich neigt zu staatlich gesteuerten Aktionen zur Modernisierung der Industrie, zur Konzertierung öffentlicher Aufträge und zu einer kategorischen Abstimmung von Drittlandsinvestitionen. Die Bundesregierung und die Regierung Heath dagegen möchten die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der Produktivität bei weitgehendem Verzicht auf Protektionismus und Dirigismus zunächst den Unternehmen überlassen.

Ideen brauchen Geld

Die Idee einer
hat noch keine
macht. Leider.
Ideen bleiben
Glück werden
zu nützlichen Dingen. Zu Glühlampen,
Reißverschlüssen, Maschinen,
Computern. Weil die Ideen zum
Geld finden. Über die Bank.
Durch die Bank.



Glühlampe
Stube hell ge-
Tausende von
Ideen. Aber zum
Tausende von Ideen

Dresdner Bank

Wir haben Zweifel, ob eine Industriepolitik liberaler Färbung in der Lage ist, befriedigende Antwort auf ihre sozialen und gesellschaftlichen Fragen zu geben, z. B. auf die Konsequenzen für Arbeitnehmer, die von sektoralen und regionalen Anpassungs- und Umstellungsmaßnahmen betroffen sind.

Die Aufgabe einer gemeinschaftlichen Industriepolitik drängt. Sie muß, wie es das Kommissionsmitglied Altiero Spinnelli formuliert hat, von den beiden Hauptgedanken „Produktivität“ und „Menschlichkeit“ getragen sein.

Unterschiedliche Subventionssysteme

Verwandt mit der Industriepolitik ist die Aufgabe, aus Gründen gleichwertiger Wettbewerbsbedingungen unterschiedliche Subventionssysteme in den einzelnen Mitgliedsländern transparenter zu machen und an ihre Stelle ein gemeinsames Beihilfesystem zu setzen. Neben den sektoralen Beihilfen werden zum Zeitpunkt einer Erweiterung der Gemeinschaften die Beihilfen mit regionaler Zweckbestimmung stärker ins Blickfeld rücken.

Zunächst ist zu erwarten, daß mit dem Beitritt Großbritanniens die gemeinschaftliche Regionalpolitik neue Akzente erhält. Der regionalpolitische Aktionsraum dürfte dann stärker neben den „wenig entwickelten Randgebieten mit erheblichem Rückstand“ (z. B. Süditalien, Südfrankreich) sonstige binnengemeinschaftliche Gebiete einbeziehen, für die sich aus der Integration Schwierigkeiten ergeben.

Überbau für nationale Regionalpolitiken

Regionalpolitik ist in Großbritannien ein wesentlicher Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftspolitik mit der Erkenntnis, daß eine Aktivierung wirtschaft-

licher Passivräume und eine ausgewogene Entwicklung aller Teileräume für die gesamte Volkswirtschaft positive Wirkungen hat. Frühzeitig hat das Land eine systematische Regionalpolitik gemacht, um seine unausgeglichene regionale Struktur zu verbessern. Im Beitrittsfall wird Großbritannien keine grundlegende Änderung seiner Regionalpolitik unter Einschluß der beachtlichen öffentlichen Förderungshilfen wünschen.

Alle künftigen Mitgliedsländer werden jedoch anerkennen müssen, daß mit der schrittweisen Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion aus Gründen einer gleichgewichtigeren Entwicklung die nationalen Regionalpolitiken einen gemeinschaftlichen Überbau erhalten müssen. Die Organe der Gemeinschaft müssen in die Lage versetzt werden, im Gemeinschaftsinteresse erwünschte regionale Entwicklungen mit Hilfe entsprechender Instrumente zu stimulieren.

Die Hoffnung, daß mit einem Beitritt insbesondere des Vereinigten Königreichs und Dänemarks eine Revision der Agrarpolitik einhergehen wird, müssen wir leider aufgeben. Ein Beitritt Großbritanniens dürfte jedoch positive Auswirkungen z. B. für unsere Agrarstruktur haben. Die Betriebsgrößenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe in Großbritannien ist nämlich erheblich günstiger als in der Gemeinschaft. Der Anteil der Betriebe mit einer Nutzfläche über 40 ha beträgt in Großbritannien 21 %, dagegen in der Gemeinschaft nur rund 3,5 %. In der Landwirtschaft beschäftigt sind in Großbritannien 4 % der Erwerbspersonen, in der Bundesrepublik beträgt der Anteil 10 %, in Frankreich 18 %.

Wenn auch Beitrittsfrage und grundsätzliche Revision der Markt- und Preispolitik nicht verknüpft werden konnten, bleibt

dennoch zu erwarten, daß mit dem Beitritt ein stärkerer Druck zur Verbesserung der Agrarstruktur erfolgt, was wiederum langfristig zu einer Entlastung der hohen öffentlichen Leistungen an die Landwirtschaft und der erheblichen Belastungen der Verbraucher führen könnte.

Einengung der nationalen Vollbeschäftigungspolitik

Im Römischen Vertrag wurde die Beschäftigungspolitik sehr unzulänglich geregelt. Wir teilen die Sorgen insbesondere der britischen Gewerkschaften, daß auf absehbare Zeit etwa Fragen über die Folgen wirtschaftlicher und technischer Veränderungen für die Arbeitnehmer und den Arbeitsmarkt auf Gemeinschaftsebene keine angemessene Antwort finden werden. Das kann um so fataler sein, als die Öffnung der Grenzen die Möglichkeiten einer nationalen Vollbeschäftigungspolitik immer stärker einengt. Wir erwarten, daß der im März d. J. eingesetzte „Ständige Ausschuß für Beschäftigungsfragen“ mit der Erweiterung der Gemeinschaft sich zu einem effektiven Instrument einer auf die Gemeinschaftsinteressen ausgerichteten Beschäftigungspolitik entwickeln wird.

Einige harte Nüsse ergeben sich aus dem Bestehen eines einheitlichen Arbeitsmarktes in den skandinavischen Ländern und des „Commonwealth Immigrant Act“, die für die Angehörigen der Commonwealth-Länder die Beschäftigungsaufnahme und die Niederlassung in Großbritannien regelt. Konflikte über Art und Umfang der Einwanderung von außergemeinschaftlichen Arbeitskräften sind zu erwarten. Dabei ist zu beachten, daß in der Gemeinschaft die Freizügigkeit der Arbeitnehmer im Sinne einer Beseitigung von Diskriminierungen und Hindernissen wohl rechtlich garantiert

ist, jedoch tatsächlich noch nicht von jeglicher Nichtdiskriminierung gesprochen werden kann.

Vertrauensvorschuß der Gewerkschaften

Die freien Gewerkschaften in der Gemeinschaft haben einen erheblichen Vertrauensvorschuß in die europäische Integration eingebracht. So haben sie z. B. mit ihrer von vornherein positiven Einstellung zum Instrument der Freizügigkeit der Arbeitskräfte enge beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Interessen zurückgestellt, um Bausteine zum Haus für eine europäische

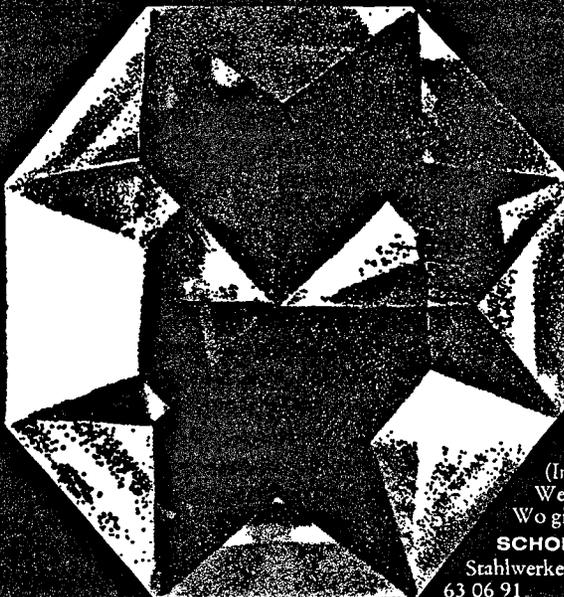
Gesellschaft mit größerer sozialer Gerechtigkeit zu liefern. Bis heute konnten jedoch die britischen und skandinavischen Gewerkschaften nicht davon überzeugt werden, daß Politik und tatsächliche Entwicklung in der Gemeinschaft sich in Übereinstimmung befinden mit der Präambel des Römischen Vertrages, die eine stetige Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen als wesentliches Ziel bezeichnet.

Die Wirklichkeit in Großbritannien und in der Gemeinschaft ermuntert leider hier nicht zu besonderem Optimismus. Die

britischen Gewerkschaften streiten mit der Regierung Heath um das neue Streikgesetz. Traditionelle gewerkschaftliche Freiheiten und Rechte drohen geschmälert zu werden. In verschiedenen Gemeinschaftsländern wird immer wieder versucht, die Einkommenspolitik praktisch einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer in ein Korsett zu zwingen.

Um so mehr besteht dann Anlaß, eine Initiative der Kommission zu begrüßen. Sie legte in jüngster Zeit eine Diskussionsgrundlage für ein Programm einer gemeinschaftlichen Sozialpolitik vor. Das Programm stellt

Kein Edelstein.



Edelstahl.



Kostbar, nicht kostspielig.
Langlebig, nicht langweilig.
Phoenix-Edelstahl.
Edelstahlhart. Macht vieles leichter.
Edelstahl von Schoeller-Bleckmann.
Fortschritt aus Tradition.
Führung durch Forschung.
Schoeller-Bleckmann.
Vom Fachmann genannt.
(In der Welt bekannt.)
Weiter geht's, immer weiter.
Wo gibt's ein ungelöstes Edelstahlproblem?

SCHOELLER-BLECKMANN

Stahlwerke AG
63 06 91

SCHOELLER-BLECKMANN, Stahlwerke AG, Wien/Österreich

angesichts der bisherigen sozialpolitischen Abstinenz der Gemeinschaft einen wichtigen Schritt dar, um im Hinblick auf die erste Phase einer Wirtschafts- und Währungsunion Ansätze einer europäischen Sozialpolitik zu verwirklichen.

Der Rat sollte zu keiner Zeit überhört werden, daß eine

Sechser- oder Zehner-Gemeinschaft keinen Bestand hat, wenn es nicht gelingt, mit der fortschreitenden Integration eine fortschrittliche Sozial- und Gesellschaftspolitik im Gleichschritt zu verwirklichen.

Die Gewerkschaften in der Gemeinschaft lassen sich aber auch nichts abkaufen von ihrer

Forderung, die demokratischen Strukturen auf Gemeinschaftsebene zu stärken. Vor der Tür der Gemeinschaft stehen Länder mit starker demokratischer Tradition. Mit großem Selbstverständnis werden sie ihre Aufgaben als Hüter der demokratischen Rechte ihrer Bürger und Parlamente wahrnehmen.

Integration zwischen Intensivierung und Extensivierung

Manfred Hoithus, Kurt Wand, Hamburg

Zweimal scheiterte der Beitritt Großbritanniens zur EWG am Veto Frankreichs. Nach den dritten nunmehr erfolgreich beendeten Verhandlungen scheint es fast so, als müßte das Vereinigte Königreich noch in die Gemeinschaft gezogen werden. Ein erstaunlicher Wandel in der Interessenlage der beiden Kontrahenten! Die BRD war immer für die Erweiterung. Man muß sich fragen, warum?

Integrationspolitische Ziele der BRD

Was die bisherige Europa-Konzeption der BRD vor allem kennzeichnet, ist das über die rein ökonomischen Zielsetzungen hinausgehende Streben nach einer integrierten politischen Union der Länder Westeuropas, die sowohl in der Systemauseinandersetzung mit den sozialistischen Ländern als auch gegenüber dem ökonomischen und politischen Potential der USA eine relativ eigenständige Rolle spielen kann und in der dem „ökonomischen Riesen“ BRD ein größeres politisches Gewicht zukommt, als es unter den gegenwärtigen internationalen Kräfteverhältnissen der Fall ist. Ökonomisch geht es der BRD bei der Integration darum, der zu-

nehmenden Internationalisierung der Produktionsbedingungen Rechnung zu tragen, einerseits dadurch, daß durch die Erweiterung der Märkte die Voraussetzungen für die Herausbildung international wettbewerbsfähiger Unternehmen in der BRD verbessert werden, andererseits – und mit dem ersten in Wechselwirkung stehend – dadurch, daß das Instrumentarium staatlicher Wirtschaftspolitik den veränderten (internationalisierten) Bedingungen angepaßt wird.

Die Auswirkungen des EWG-Beitritts Großbritanniens auf diese zentralen Ziele – Vortreibung der Entwicklung zur integrierten politischen Union, Verbesserung der Voraussetzungen für die Herausbildung international wettbewerbsfähiger Unternehmen, Komplettierung des Instrumentariums staatlicher Wirtschaftspolitik – liefern den Schlüssel für seine Beurteilung.

Unterschiedliche Auffassungen in der EWG

Die Verwirklichung aller drei Ziele in der Gemeinschaft ist heute hauptsächlich vor das Problem gestellt, wie die Vereinheitlichung der Grundlinien der wirtschaftlichen Entwicklung der Mitgliedsländer und die Harmo-

nisierung ihrer Wirtschaftspolitik vorangetrieben werden können. Hier bestehen allerdings erhebliche Unterschiede in den Auffassungen der einzelnen Länder, beispielsweise in der Frage der Angleichung der Inflationsraten – die BRD zeigt eine geringere Inflations„bereitschaft“ als Italien und Frankreich –, im Bereich der Agrarpolitik – wo die BRD vergleichsweise höhere Agrarpreise anstrebt als Frankreich –, oder im Bereich der regionalen Strukturpolitik der Gemeinschaft, wo sich die BRD im Prinzip vor die Frage gestellt sieht, Italien und Frankreich bei der Bewältigung ihrer Strukturprobleme finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen.

Festzustellen ist, daß aufgrund dieser Meinungsverschiedenheiten die Integration der Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft nicht mit der Integration der Märkte schrittgehalten hat und daß aufgrund dieser Tempodifferenz ernsthafte Probleme für den Bestand der bisherigen und die Erreichung weiterer Integrationserfolge aufgetreten sind. Dies äußerte sich vor allem während der wiederholten Krisen des internationalen Währungssystems, die beispielsweise den Gemeinsamen Agrarmarkt –

einen der Angelpunkte der bisherigen Integration — in seiner Funktionsfähigkeit erheblich in Frage stellten. Damit rückt zugleich aber auch die Verwirklichung der anderen zentralen Ziele der Europa-Politik der BRD — die Schaffung besserer Voraussetzungen für die Herausbildung international wettbewerbsfähiger Unternehmen und die Entwicklung einer integrierten politischen Union — in weitere Ferne.

Intensivierung der Integration

Zu einem Kernproblem der weiteren Entwicklung der Integration Westeuropas wurde damit die Intensivierung der Integration, d. h. vor allem der Übergang zu Mehrheitsentscheidungen in den Organen der Gemeinschaft bei der Harmonisierung von Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik, da die bisherigen unverbindlichen Informations- und Konsultationsmechanismen sich als unzureichend erwiesen hatten.

Für diese Intensivierung der Integration lagen trotz aller bisher aufgetretenen Komplikationen in der Gemeinschaft der Sechs wichtige Grundvoraussetzungen vor, die in der verhältnismäßigen Geschlossenheit dieses Wirtschaftsgebietes, dem relativ angeglichenen Niveau ihrer Produktivkräfte und in der gemeinsamen lang anhaltenden Rekonstruktionsperiode nach dem Krieg bestanden. Immerhin war die EWG im Verlauf ihrer Entwicklung zu dem fortgeschrittensten internationalen Zusammenschluß der westlichen Welt geworden, in dem praktisch alle Bereiche der Ökonomie und wesentliche Bereiche der Politik durch die Integration geprägt wurden und in dem es gelang, zumindest Ansätze supranationaler Organisationen zu schaffen und vor allem im Agrarbereich erhebliche Ländermittel zu Gemeinschaftsmitteln zusammenzufassen, um die Lösung

gemeinsamer Probleme gemeinschaftlich in Angriff zu nehmen.

Dennoch gab es eine Reihe wesentlicher Faktoren, die es vor allem der BRD stets geboten erscheinen ließen, für eine Erweiterung der Gemeinschaft einzutreten. Hierzu gehörten vor allem die mit der Integration der Sechs verbundenen Abschließungseffekte gegenüber Drittländern, die die BRD aufgrund der Regionalstruktur ihres Außenhandels stärker betrafen als beispielsweise Frankreich. Darüber hinaus spielte die Einschätzung eine wichtige Rolle, daß eine Ausweitung der Integration auf Großbritannien und weitere Länder sowohl für die Realisierung der von der BRD angestrebten International bedeutenden politischen Union als auch für die Herausbildung international wettbewerbsfähiger Unternehmen bessere Voraussetzungen bieten könnte. Eröffnet doch die erweiterte Gemeinschaft der Wirtschaft der BRD die Aussicht, in Zukunft statt 40 % ihres Außenhandels bis zu 50 % oder 60 % im Rahmen der EWG abzuwickeln, d. h. unter binnenmarktähnlichen Bedingungen.

Wenn das Streben der BRD nach einer Erweiterung der Gemeinschaft auch mit dem Beitritt Großbritanniens einen vorläufigen erfolgreichen Abschluß gefunden hat, so besteht doch kein Anlaß zur Euphorie; denn viele der Möglichkeiten, die sich für die BRD durch die Aufschließungseffekte der Erweiterung eröffnen, sind zum einen nur Möglichkeiten und erschließen sich zum anderen gleichfalls der Wirtschaft Großbritanniens.

Neue Impulse für die Unternehmen

Die Erweiterung der Gemeinschaft entspricht einerseits den Erfordernissen der Internationalisierung der Produktionsbedingungen und führt andererseits

zu einer sprunghaften Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfes.

Für die Industrie Großbritanniens ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß sie bei weitem nicht so zurückgeblieben ist, wie man es sich in der BRD häufig vorstellt. Sie ist vielmehr auf zahlreichen Gebieten — insbesondere in Bereichen der Zukunftsindustrien — international in Spitzenstellungen, sowohl was die Grundlagenforschung anbetrifft als auch in bezug auf konkrete Anwendungen — z. B. in Luftfahrt und Motorenbau, Elektronik und Computerindustrie, Atomtechnik und Chemie. Zudem weist die britische Industrie eine vergleichsweise hohe Zahl an Großunternehmen auf, deren ökonomisches Potential mit dem Eintritt Großbritanniens in die EWG die internationalen Konkurrenzpositionen in einer Reihe von Branchen erheblich beeinflussen wird.

Zugleich wird auch ein verstärkter Wettbewerb mit amerikanischen Unternehmen zu erwarten sein, die zahlreiche Investitionen im Vorgriff auf die Erweiterung der EWG bereits in Großbritannien vorgenommen haben. Darüber hinaus wird auch Frankreich den Prozeß der Herausbildung von Unternehmen mit europäischer Dimension und internationaler Orientierung in seiner Industrie forcieren.

Die Konkurrenz auf den Märkten innerhalb wie außerhalb der erweiterten Gemeinschaft wird also in vielen Bereichen wesentlich intensiviert werden. Für die Unternehmen der BRD bedeutet das zum Teil neue Impulse, zum Teil neue Aufgabenstellungen. Mit Sicherheit werden sich die Konzentrationsprozesse in der BRD weiter beschleunigen. Der erweiterte Markt und die intensivierte Konkurrenz werden hierfür zur Begründung herangezogen werden, ebenso wie für den Ruf nach einer Konzentra-

tion und technologische Entwicklung stärker fördernden Strukturpolitik.

Von besonderer Bedeutung werden neben den Impulsen für die westdeutschen Unternehmen aus verstärkter Konkurrenz und Konzentration die Möglichkeiten der internationalen Kooperation sein. Zu solchen Kooperationen ist es in der Vergangenheit bereits mehrfach gekommen, indem Unternehmen der BRD an Großprojekten gemeinsam vor allem mit der britischen Industrie zusammenarbeiteten. Hier sind vor allem das westdeutsch-britisch-italienische Gemeinschaftsprojekt bezüglich Entwicklung und Bau des MRCA-Kampfflugzeuges, das Mitte der 70er Jahre den Starfighter ersetzen soll, sowie das westdeutsch-britisch-niederländische Gaszentrifugenprojekt zur Urananreicherung zu nennen. Beide Projekte werden die internationale Konkurrenzpositionen der beteiligten Unternehmen der BRD erheblich stärken.

Britische Kooperationsbereitschaft

Für die Industrie der BRD liegt in der Kooperationsbereitschaft der britischen Industrie in diesen und anderen Bereichen der Spitzentechnologie ein zentraler Aspekt des Beitritts Großbritanniens zur EWG. Sie eröffnet die Möglichkeit, langfristig in den Bereichen, die die Perspektiven der westdeutschen Wirtschaft entscheidend mitbestimmen, die Abhängigkeit von den USA schrittweise zu verringern und in Westeuropa ein Gegengewicht zur Computer-, Luftfahrt- und Atomindustrie der USA aufzubauen, in dem die westdeutsche Industrie eine führende Stellung einnehmen könnte.

Diesen perspektivisch positiven Aspekten für die Unternehmen der BRD sind jedoch die Probleme entgegenzuhalten, die

aus dem Beitritt Großbritanniens für die weitere Intensivierung der Integration erwachsen.

Desintegrationstendenzen

Es muß zunächst einmal darauf hingewiesen werden, daß der Beitritt Großbritanniens keineswegs in allen Fällen, in denen in der Gemeinschaft unterschiedliche Interessenlagen beispielsweise zwischen der BRD und Frankreich bestehen, eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der BRD bedeuten wird. In Bereichen wie der Agrarpolitik und der regionalen Strukturpolitik wird die Durchsetzung der Interessen der BRD zukünftig im Gegenteil eher schwerer werden.

Zum zweiten ist die zum Schlüsselfaktor für die weitere Entwicklung gewordene notwendige Intensivierung der Integration der Gemeinschaft bereits ohne den Beitritt Großbritanniens in eine deutliche Krise geraten.

Nachdem Fortschritte auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion aufgrund der Interessengegensätze der EWG-Länder in verschiedenen Fragen immer schwieriger erzielt werden konnten und die verschiedenen ausgearbeiteten Stufenpläne immer mehr den Charakter notdürftiger minimaler Kompromisse erhielten, gingen die zu beobachtenden Stagnationstendenzen in der Gemeinschaft seit der Währungskrise des Frühjahrs 1971 in offene Desintegrationstendenzen über.

Trotz einer formalen Einigung über die erste Stufe der Währungsunion vom Februar 1971 wurde der EWG-Währungsraum bereits ein Vierteljahr später durch die Freigabe des Kurses der DM, der nur drei Länder mit entsprechenden Kursfreigaben folgten, faktisch gespalten. Der Zeitplan für die Anlaufstufe der EWG-Währungsunion ist damit

weitgehend durcheinander geraten.

Der Beitritt Großbritanniens zur EWG ist sicher nicht geeignet, diese Probleme auf währungspolitischem Gebiet zu verringern. Es ist viel eher zu erwarten, daß die von Großbritannien zugesicherten „Maßnahmen zur Abstimmung der Eigenarten des Sterling-Systems mit denen der Gemeinschaftswährungen und der Wirtschafts- und Währungsunion“ noch Sonderwünsche Großbritanniens bedeuten werden, die die weitere währungspolitische Entwicklung der Gemeinschaft zusätzlich komplizieren.

Geringere Homogenität

Auch der zum Kernproblem gewordene Souveränitätsverzicht zugunsten von Mehrheitsentscheidungen in den Gemeinschaftsorganen rückt durch den Beitritt Großbritanniens nicht näher. Die Homogenität der Interessen und Probleme der Gemeinschaft wird durch die Aufnahme Großbritanniens zweifellos geringer; und gleichzeitig spricht nichts dafür, daß neu der EWG beitretende Länder etwas zuzugestehen bereit sind, was die bisherigen Mitgliedsländer stets noch verweigerten: die Bereitschaft, sich im Rat überstimmen zu lassen und derart gefaßte Beschlüsse mit allen ihren Konsequenzen widerspruchslos zu akzeptieren¹⁾.

Aus diesen gestiegenen Schwierigkeiten für die Intensivierung der Integration resultiert aber eine wichtige Rückwirkung, die die positiven perspektivischen Auswirkungen des EWG-Beitritts Großbritanniens für die BRD ebenfalls relativiert: Voraussetzung dafür, daß die Wirtschaft der BRD die ihr aus intensivierter Konkurrenz und Konzentration gebotenen zusätzlichen

¹⁾ Vgl. Hartmut Berg: Die EWG nach einem Beitritt Großbritanniens. In: WIRTSCHAFTSDIENST, 51. Jg. (1971), H. 8, S. 410.

Impulse nutzen kann, ist unter anderem eine entsprechend orientierte Strukturpolitik. Eine solche Strukturpolitik muß aber zunehmend internationale Dimension aufweisen, so daß die Desintegrationstendenzen in der Gemeinschaft auch hier zusätzliche Probleme stellen.

Perspektiven für die BRD

Folglich kann keine Rede davon sein, daß die BRD mit der Erweiterung der Gemeinschaft um Großbritannien in ihrem Streben nach einer Verbesserung der Voraussetzungen für die Herausbildung internationaler Unternehmungen, nach einer Internationalisierung der Wirtschaftspolitik und nach einer integrierten politischen Union insgesamt und in allen Einzel-

fragen eindeutig weitergekommen ist.

Vielmehr bleibt festzuhalten, daß die durch die Erweiterung bewirkten positiven Aufschließungseffekte den Unternehmen der BRD nicht in den Schoß fallen werden, sondern unter intensivierte Konkurrenzkämpfe auf den internationalen Märkten erst realisiert sein wollen. Darüber hinaus werden in fast allen Fragen der Intensivierung der Integration neue Koordinationswege gefunden werden müssen, da der Beitritt Großbritanniens die Probleme der Vereinheitlichung von wirtschaftlicher Entwicklung und Wirtschaftspolitik in der EWG eindeutig kompliziert. Damit rückt schließlich auch die Verwirklichung einer integrierten politischen Union – die auf einer Wirtschafts- und Währungsunion aufbauen müßte –

in weitere Ferne. Dennoch besteht die Möglichkeit, daß für die Wirtschaft der BRD die positiven Aspekte der Erweiterung der EWG um Großbritannien langfristig überwiegen – nicht nur in bezug auf die neuen Impulse für die Entwicklung international wettbewerbsfähiger Unternehmen in den Zukunftsindustrien in Westdeutschland.

Sprunghafter Entwicklungsprozeß

Die Integration Westeuropas zur Wirtschafts- und Währungsunion hat sich von Beginn an nicht mechanisch, widerspruchsfrei und ohne Rückschläge vollzogen. Für die Zukunft ist eine Änderung dieses widersprüchlichen und sprunghaften Charakters des Entwicklungsprozesses nicht zu erwarten. Die Integra-

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

MAX VON SCHINCKEL

hanseatischer Bankmann im wilhelminischen Deutschland

von Elsabea Rohrmann

Die vorliegende erste Biographie Max von Schinckels, eines bedeutenden Bankmanns im wilhelminischen Deutschland, zeigt anhand von wissenschaftlich analysiertem umfangreichem Quellenmaterial die enge Verknüpfung von Wirtschaft und Politik jener Epoche. Gleichzeitig wird deutlich, inwieweit trotz aller subjektiven Integrität die Auffassung Schinckels von Deutschlands Rechten, Pflichten und Stellung in der Welt ein Stück der Basis bildete, auf der „deutsche Hybris“ entstehen konnte.

Oktav, 340 Seiten, 1971, brosch. DM 42,60

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

tion wird weiterhin wesentlich durch den Druck der Entwicklung der Produktivkräfte und der Konkurrenz erzwungen werden und nicht so sehr durch politische Planung. Die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern der Gemeinschaft, die Tendenz zur Herausbildung weiterer und größer dimensionierter Inter-

nationaler Kooperationen und Unternehmen sowie die Konkurrenz mit den USA werden die westeuropäischen Staaten daher zukünftig immer stärker unter Druck setzen, ihre Integration wirtschaftspolitisch und institutionell voranzutreiben und entsprechende Kompromisse gegenüber den Gemeinschaftsanforderungen einzugehen.

Allerdings bleibt abzuwarten, inwieweit die Wirtschaft der BRD dann in der Lage sein wird, ihre durch die Erweiterung der EWG möglicherweise erreichte ökonomische und technologische Stärkung wirtschafts- und allgemeinpolitisch erfolgreich in die Auseinandersetzung um die weitere Gestaltung der Integration einzubringen.

Wachstumschancen für alle

Ellen Oesterreich, Köln

In einem Artikel des WIRTSCHAFTSDIENST klingt der Vorwurf durch, die deutsche Industrie und der BDI hätten es sich bei der Befürwortung der Erweiterung der Gemeinschaft zu leicht gemacht¹⁾. Man habe mögliche Struktur- und Wettbewerbschwierigkeiten, die der Beitritt Großbritanniens zur EWG für die deutsche Industrie aufwerfen könnte, zu wenig analysiert. Demgegenüber habe sich die französische Industrie eingehend mit den eventuell auftretenden Problemen beschäftigt.

Dieser Vorwurf kann bei einer etwas gründlicheren Betrachtung nicht aufrechterhalten werden. Der BDI hat bei den verschiedenen von Großbritannien gestellten Beitrittsanträgen Umfragen in der deutschen Industrie angestellt. Bereits vor Jahren wurde eine eingehende Untersuchung über die möglichen Auswirkungen der Erweiterung der Gemeinschaft abgeschlossen. Auch die Fachverbände des BDI haben diese Fragen detailliert geprüft. Dabei ging die deutsche Industrie davon aus, daß

die Lösung der Beitrittsfrage Großbritanniens das Schlüsselproblem für die künftigen Beziehungen der EWG zu den übrigen EFTA-Ländern und den Abbau der Handelsschranken in Europa darstellt.

Kein Gefühl der Wettbewerbsüberlegenheit

Bei seiner Befürwortung der Erweiterung der Gemeinschaft hat sich der BDI auch nicht von einem Gefühl der Wettbewerbsüberlegenheit leiten lassen. Trotz der sichtbaren konjunktur- und preispolitischen Schwierigkeiten ist man sich in deutschen Industriekreisen der Leistungsfähigkeit der britischen Wirtschaft, vor allem in einigen technologisch besonders fortschrittlichen Bereichen, durchaus bewußt.

Der BDI ging aber davon aus, daß freier Warenaustausch und verstärkte Arbeitsteilung gerade bei Ländern mit ähnlicher Wirtschaftsstruktur eine stimulierende Wirkung auf das wirtschaftliche Wachstum ausüben. Diese auf die Väter der modernen Ökonomie — David Ricardo und Adam Smith — zurückgehende Theorie wird heute von

kaum jemandem mehr bestritten. Die Erfahrung — vor über 130 Jahren mit dem deutschen Zollverein und nach 1958 in der EWG — hat diese Theorie untermauert. So hat nicht nur die Bundesrepublik von dem Aufbau der EWG profitiert, auch in den anderen Partnerländern, vor allem aber in Italien und Frankreich, wurde unter dem Einfluß des Zollabbaus und der verstärkten Konkurrenz ein erhebliches Industriepotential aufgebaut.

Entscheidende Wachstumsimpulse

Zwar lassen sich die Vorteile, die der Wirtschaft und den Verbrauchern aus dem gemeinsamen Markt erwachsen sind, weder exakt nachweisen noch quantifizieren, da niemand weiß, wie die wirtschaftliche Entwicklung ohne die EWG verlaufen wäre. Alle verfügbaren statistischen Angaben über die Zunahme der Produktion und der Produktivität sowie den überdurchschnittlichen Zuwachs des innergemeinschaftlichen Handels rechtfertigen jedoch die Annahme, daß von der EWG ganz entscheidende Wachstumsimpulse ausgegangen sind.

¹⁾ Vgl. Dietrich K e b s c h u l l : Die Briten kommen. In: WIRTSCHAFTSDIENST, 51. Jg. (1971), H. 8, S. 388.

Ebensowenig kann man heute die voraussichtlichen Auswirkungen der Erweiterung der Gemeinschaft auf die beteiligten Volkswirtschaften a priori auch nur einigermaßen genau abschätzen. Es wurden jedoch in letzter Zeit einige interessante, wenn auch mit recht restriktiven Annahmen arbeitende Versuche gemacht, die Folgen der Bildung einer Zollunion auf den Warenaustausch im Rahmen einer statischen Analyse zu quantifizieren. Diese Ansätze bilden meist die Grundlage für die zahlreichen britischen Veröffentlichungen. Auch in den Weißbüchern der Regierungen Wilson und Heath hat man versucht, die Auswirkungen des Beitritts auf Zahlungsbilanz, Preisentwicklung und Warenaustausch abzuschätzen.

Dabei wird in beiden Studien hervorgehoben, daß die dynamischen Impulse, die für das Wirtschaftswachstum wahrscheinlich sehr viel entscheidender sein dürften, sich keineswegs quantifizieren lassen.

Quantifizierung unmöglich

In ihrer jüngsten Ausgabe hat die Economic Review einen Überblick über die verschiedenen theoretischen Ansätze für eine Beurteilung der Konsequenzen des britischen Beitritts gegeben. Sie kommt dabei zu dem Schluß, daß praktisch keine auch nur einigermaßen zutreffenden Aussagen über die Größe der statischen, geschweige denn der dynamischen Effekte gemacht werden können. Analoges gilt für die Gemeinschaft. So kann man heute zwar mit gutem Gewissen sagen, in welche Rich-

tung sich das wirtschaftliche Wachstum der 6 EWG-Staaten als Folge des Hinzukommens von 4 weiteren entwickeln wird, aber nicht wie groß diese Wirkung sein dürfte.

Das wohl schwerwiegendste ökonomische Argument für die Erweiterung der Gemeinschaft ist nach Auffassung der deutschen Industrie noch immer der dynamische Impuls, den ein vergrößerter Binnenmarkt durch intensivere Arbeitsteilung, verstärkten Wettbewerb und die Möglichkeit, in technisch und kostenmäßig günstigeren großen Serien zu produzieren, ausübt. Gerade in der Bundesrepublik, in der gut 50% des Brutto-sozialproduktes von der Industrie erbracht werden, dürften sich im Zuge der Erweiterung erhebliche Wachstumschancen ergeben.

Gleiche Wettbewerbsbedingungen erforderlich

Dabei ist sich die deutsche Industrie durchaus im klaren, daß der verstärkte Wettbewerb in einem größeren EWG-Markt in dem einen oder anderen Fall durchaus ernstzunehmende Schwierigkeiten mit sich bringen kann. Dennoch ist man der Auffassung, daß ein wirksamer Wettbewerb konstant einen Zwang zu Rationalisierungsinvestitionen und damit zur Senkung der Produktionskosten und zur schnelleren Umsetzung technologischer Forschungsergebnisse in wirtschaftliche Innovation ausübt. Die dynamischen Impulse einer Erweiterung der Gemeinschaft werden also um so größer sein, je leistungsfähiger die In-

dustrie der neu hinzukommenden Partner ist. Voraussetzung für die Schaffung neuer, langfristig gesunder Produktionsstrukturen ist aber die Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen für alle Industrien im gemeinsamen Markt. Die Arbeiten der Gemeinschaft auf diesem Gebiet müssen gerade nach dem Beitritt Großbritanniens beschleunigt fortgesetzt werden.

Minderung der technologischen Lücke

Ein weiteres gewichtiges Argument für den britischen Beitritt zur Gemeinschaft ist die „technologische Mitgift“, die von Großbritannien eingebracht wird. Der in einigen Bereichen durchaus bestehende Rückstand Kleineuropas gegenüber den Großmächten könnte infolge der hervorragenden britischen Forschungs- und Entwicklungsleistungen verringert werden. Die Verbindung Großbritanniens mit dem gemeinsamen Markt dürfte das Potential Kleineuropas an zukunftssträchtigen und forschungsintensiven Industrien durchaus verstärken, ohne dabei die eigenen Anstrengungen der übrigen EWG-Länder zu beeinträchtigen. Auch in diesem Bereich wird der große Sprung nach vorn wahrscheinlich nicht durch eine Abschirmung gegenüber Drittländern, sehr viel eher durch die belebende Wirkung neuer Partner erzielt werden.

Darüber hinaus wird der Beitritt Großbritanniens auch die ökonomische und finanzielle Basis für industrielle Gemeinschaftsprojekte mit hohem Forschungsaufwand verbreitern bzw. erst schaffen. Die deutsche In-

VEREINSBANK IN HAMBURG

Zentrale: Hamburg 11 · Alter Wall 20-30 · Telefon 36 10 61

ÜBER 60 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

dustrie ist also der Auffassung, daß die EWG durch ihre Erweiterung die Chance erhält, den Vorsprung, den die USA und die UdSSR auf einigen wichtigen Gebieten haben, wieder wettzumachen.

Die deutsche Industrie rechnet aber auch mit direkten Vorteilen als Folge eines Beitritts Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft. Hier ist in erster Linie ein möglicher Mehrabsatz deutscher Produkte auf dem britischen Markt zu nennen. Diese Hoffnung hat einen durchaus realen Hintergrund: Auch nach Vollendung der Kennedy-Runde liegt nämlich das durchschnittliche Zolltarifniveau Großbritanniens mit 13 % wesentlich höher als das des gemeinsamen Zolltarifs mit durchschnittlich 8,5 %.

Mit Risiken verbunden

Der Beitritt Großbritanniens wird aber nicht nur Vorteile mit sich bringen, er ist auch mit Risiken und Schwierigkeiten verbunden. Naturgemäß wirft die Verschmelzung von hochindustrialisierten Volkswirtschaften, wie sie die EWG und Großbritannien darstellen, erhebliche Probleme auf. Der verstärkte Wettbewerb würde in der augenblicklichen konjunkturellen Situation in der Bundesrepublik, die durch einen wachsenden Kostendruck gekennzeichnet ist, zu ernsthaften Schwierigkeiten führen.

Da aber heute nicht zu überblicken ist, welche Konjunkturtendenzen 1973 bei Inkrafttreten der Verträge und dem Beginn des Zollabbaus in den einzelnen Ländern vorherrschen, kann diese Frage z. Z. nicht beantwortet werden. Man beschränkt sich deshalb zweckmäßigerweise auf die mittelfristigen Schwierigkeiten, die sich während der Übergangszeit ergeben, und die langfristigen Struktur- und Wettbewerbsprobleme, die auch nach der Vollmitgliedschaft weiter bestehen werden.

Schwierigkeiten während der Übergangszeit könnten der europäischen Industrie vor allem als Folge der Zoll disparitäten erwachsen. Bei manchen Produkten steht einem sehr niedrigen Zollsatz der Gemeinschaft ein sehr hoher britischer Zoll gegenüber. Dies kann bei einem linearen Zollabbau zu einem wachsenden Importdruck in der Gemeinschaft führen, während der britische Markt weiterhin durch noch immer hohen Zollschutz gegenüber der ausländischen Konkurrenz abgeschirmt wird. Dies könnte u. a. bei optischen Geräten, einigen chemischen Erzeugnissen sowie Produkten aus dem Bereich der Ziehereien und Kaltwalzwerke zu Schwierigkeiten führen.

Deshalb wurde auch zwischen Großbritannien und der Gemeinschaft eine allgemeine Schutzklausel für die Übergangszeit vereinbart, die Art. 226 des EWG-Vertrages nachgebildet wird.

Unterschiedliche Subventionen

Die deutsche Industrie kann aber auch auf anderen Gebieten die Wirkung des verstärkten Wettbewerbs durch leistungsfähige britische Unternehmen zu spüren bekommen. Dennoch wird sich die Konkurrenz in den Bereichen nicht wesentlich verschärfen, in denen britische Unternehmen bereits eigene Produktionsstätten im gemeinsamen Markt aufgebaut haben. Der Abbau der Zölle wird also hier keine großen Änderungen herbeiführen.

Probleme könnten sich für die europäische Industrie auch dadurch ergeben, daß einige Bereiche der britischen Industrie nicht unerhebliche direkte und indirekte Subventionen erhalten oder in der Vergangenheit bekamen. Dadurch wird naturgemäß die Wettbewerbsfähigkeit dieser Zweige gegenüber den konkurrierenden Sektoren der europäischen Industrie erhöht.

Die ernsthaftesten Schwierigkeiten könnten sich aber im Montan-Bereich ergeben. Im Gegensatz zu den privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen des Bergbaus und der Stahlindustrie in der Gemeinschaft sind diese Sektoren in Großbritannien verstaatlicht.

Die britischen Unternehmen des Steinkohlenbergbaus und der Stahlindustrie befinden sich also in einer wesentlich günstigeren Wettbewerbssituation als die Unternehmen der Gemeinschaft; sie beruht auf günstigeren Finanzierungsbedingungen etc. Die durchaus berechtigte Sorge der europäischen Montanindustrie dürfte aber durch die Bereitschaft der britischen Seite, den EGKS-Vertrag und die darauf beruhende Rechtsprechung ohne Änderungswünsche zu akzeptieren, erheblich reduziert worden sein.

Fiskalisierung der Sozialaufwendungen

Ein weiteres Problem, das für die gesamte europäische Industrie von Bedeutung ist, den Bergbau aber besonders treffen dürfte, ist die Fiskalisierung der Sozialaufwendungen. Die britischen Arbeitgeber tragen absolut wie relativ einen sehr viel geringeren Anteil der Sozialaufwendungen als beispielsweise die Unternehmen in der Bundesrepublik. Dieses Problem wird sicherlich künftig bei der Harmonisierung der Sozialpolitik in der Gemeinschaft eine große Rolle spielen.

Es ist jedoch für die allgemeine Beurteilung bezeichnend, daß sich die deutsche und europäische Montanindustrie trotz der geschilderten Schwierigkeiten für die Erweiterung der Gemeinschaft eingesetzt hat, da auch sie die langfristigen Vorteile wesentlich höher einschätzt als die möglichen negativen Auswirkungen auf kurze Sicht.